

Konstanz engagiert sich im Klimabündnis

Wer schon gefastet hat weiß, daß man drei Wochen und länger ohne feste Nahrung auskommen kann, ohne Wasser können wir es einige Tage aushalten, ohne Luft vielleicht einige Sekunden oder Minuten. Unsere Atemluft ist unser dringendstes Lebensmittel. Sie ist billig, kostet nichts. Gehen wir deshalb so sorglos mit ihr um? Vielleicht aber sollte sie uns doch etwas Wert sein.

Heizungen, Kraftwerke, Industrie, Verkehr verpesten unsere Atmosphäre, verändern sogar ihre Zusammensetzung. Ein Beispiel ist der CO₂-Gehalt.

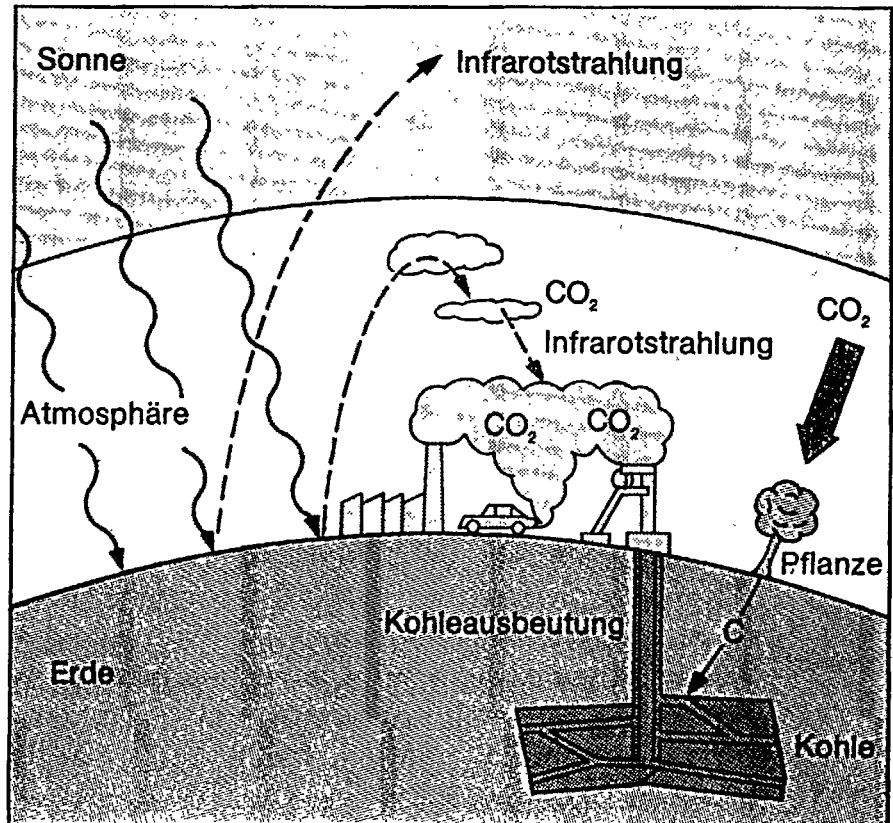
Der Kohlendioxydanteil der Luft ist gering, weniger als 0,1%. Das Gas ist geruchslos und unsichtbar. Beachtlich aber ist seine Wirkung. Der Kohlendioxydanteil der Atmosphäre greift stark in unser Wettergeschehen ein. Kohlendioxyd kann die Strahlung der Sonne in Wärme umwandeln. Dieser Anteil des Sonnenlichts wird dann nicht mehr ins Weltall zurückgestrahlt, sondern verbleibt auf der Erde und heizt sie auf. Ein höherer CO₂-Gehalt in der Luft - und dazu reichen schon minimale Veränderungen - bedeutet höhere Temperaturen.

Bei jedem Verbrennungsvorgang wird CO₂ erzeugt. Beim Verbrennen von 1 kg Kohle entstehen 2,6 kg CO₂, weil ja auch der Sauerstoffanteil mit berücksichtigt werden muß. Ähnlich ist es bei Erdöl und Erdgas.

Die Pflanzen der Erde können das Kohlendioxyd wieder binden. Aber sie kom

men schon lange nicht mehr mit. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich der Gehalt an Kohlendioxyd in der Luft ständig erhöht. Das ursprüngliche Gleichgewicht ist gestört.

Es wird wärmer.



Die Wissenschaftler sind sich weitgehend einig. Würden wir einfach so weitermachen, hätte das katastrophale Folgen. Ganze Länder würden im Meer versinken, das Wetter sich total verändern.

Auf dem Umweltgipfel in Rio haben sich einige Industrieländer, u.a. auch die BRD verpflichtet, dem entgegenzuwirken und den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 20 - 30% zu senken. Das Land Baden-Württemberg hat sich angeschlossen. Doch die bisher erfolgten Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus.

Die durchschnittliche CO₂-Freisetzung liegt für Kleinverbraucher, Haushalte und Verkehr bei ca. 5 Tonnen pro Person und Jahr. Das ist viel zu viel. Weniger kann es werden, wenn jeder Bürger, jede Stadt mithilft.

Der Gemeinderat der Stadt Konstanz hat mit den Stimmen der SPD bereits 1992 beschlossen, dem Klimabündnis zur Erhaltung der Erdatmosphäre beizutreten mit der Verpflichtung, bis zum Jahr 2010 den CO₂-Ausstoß zu halbieren. Welche Maßnahmen nötig, möglich und angebracht sind, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab. Generell wird man sich bemühen müssen, sorgfältiger, d.h. sparsamer mit Wärme und Strom umzugehen und vermehrt Solaranlagen einzusetzen.

Der Technische und Umweltausschuß hat für Konstanz ein ganzes Bündel von Empfehlungen ausgearbeitet, die auf die Strukturen unserer Stadt abgestimmt sind:

Den höchsten Energieeinsatz erfordert bei uns die Raumheizung und Warmwasserbereitung. Abhilfe kann eine bessere Wärmedämmung der Gebäude bringen. Dies hat sich auch als die kostengünstigste Methode zur CO₂-Reduzierung erwiesen. Alle anderen Verfahren sind teurer. Der Einbau von solarthermischen Anlagen, also die Warmwasserbereitung durch Sonnenkollektoren ist schon wesentlich teurer, aber noch angemessen. Maßnahmen in diesem Bereich sollen deshalb besonders verfolgt werden. Dies gilt insbesondere bei der Planung und Sanierung öffentlicher Gebäude (Mehrzweckhalle und Schule in Dettingen).

Förderrichtlinien - Bereitgestellte Mittel

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderat weitgehende Beschlüsse gefaßt, die nicht nur die öffentlichen Gebäude betreffen. Auch private Vorhaben können gefördert werden. Betroffen sind Wärmedämmmaßnahmen, der Neubau von Niedrig-Energiehäusern und solarthermische An-

lagen. Die Förderung von Wärmedämmmaßnahmen ist zunächst auf den Stadtteil Paradies beschränkt.

Der genau Wortlaut der Förderrichtlinien ist auf den nächsten Seiten abgedruckt.

Der Gemeinderat hat für 1996 130.000 DM in den städtischen Haushalt eingestellt.

Vorzeigeprojekt Solarkraftwerk

Ein besonders auf Konstanzer Verhältnisse abgestimmter Beitrag ist der Bau des Solarkraftwerks auf dem Betriebsgebäude der Entsorgungsbetriebe, dessen Rohbau bereits fertiggestellt ist. Mit dieser Anlage kann Sonnenlicht direkt in Strom umgewandelt und dieser in das städtische Stromversorgungsnetz eingespeist werden. Sie ist teuer, aber sie gehört zu den Zukunftstechnologien, denen am Forschungsstandort Konstanz mit zwei Hochschulen im Sinne des regionalen Technologietransfers eine besondere Bedeutung beizumessen ist. Hier wird gezeigt, wie umweltschonend Strom erzeugt werden kann, und hier werden die jungen Ingenieure und Wissenschaftler ausgebildet, die einmal die Energieprobleme der Zukunft lösen sollen. Technischer Pioniergeist hat schon immer auch zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Ein Projekt, das einer Universitätsstadt würdig ist.

Die Anlage wird als Bürgerbeteiligungsprojekt finanziert. Jeder kann sich beteiligen. Auch die Stadtwerke leisten ihren Beitrag. Mit einer Vergütung von 0,70 DM /kwh, wie jetzt im Gemeinderat beschlossen, wird der Einsatz in 20 Jahren zurückgezahlt sein. Die Aufzählung ist beispielhaft. Die Möglichkeiten, umweltschonend Energie bereitzustellen, sind groß. Wir wollen dafür sorgen, daß sie auch genutzt werden, - damit uns nicht irgendwann die Luft ausgeht.

Heidi Kolb

Förderprogramm der Stadt Konstanz zur „effizienteren Energieausnutzung“

1. Zweck

Die Erhaltung der Umwelt, die Endlichkeit fossiler Brennstoffe und insbesondere der Schutz des Klimas erfordern im Bereich der Energieeinsparung schnelles und wirksames Handeln. Die Stadt Konstanz fördert daher die Durchführung von Wärmeschutzmaßnahmen in bestehenden Wohngebäuden im Gebiet Paradies. Ebenso den Neubau von Niedrigenergiehäusern und solarthermischen Anlagen im gesamten Stadtgebiet von Konstanz. Ziel ist die dauerhafte erhebliche Senkung des Heizenergiebedarfes dieser Gebäude und die zusätzliche Nutzung der Sonnenenergie.

2. Rechtsgrundlage

Die Stadt Konstanz gewährt Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinien. Ein Rechtsanspruch auf die Bewilligung eines Zuschusses besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushalts- und Fördermittel.

3. Zuwendungsgebiete für die Wärmedämmförderung

Aufgrund des im Gebiet Paradies bestehenden Gebäudesbestandes und den daraus resultierenden überdurchschnittlichen Einsparungsmöglichkeiten hat sich die Stadt Konstanz entschieden, zunächst vorrangig dieses Gebiet im Bereich der Wärmedämmung zu fördern. Im Bereich der Niedrigenergiehausförderung und Solarförderung bestehen keinerlei räumliche Begrenzungen innerhalb des Stadtgebietes Konstanz.

4. Zuwendungsempfänger

Die Förderrichtlinie richtet sich in erster Linie an private Hauseigentümer. Zuwendungsberechtigt sind jedoch alle natürlichen und juristischen Personen des privaten Rechts, die ein Projekt im Sinne des Förderprogramms im Stadtgebiet Konstanz durchführen wollen.

Ausgeschlossen sind juristische Personen des privaten Rechts mit mehr als 30 Mio. DM Vorjahresumsatz. Bestehen bei einem Unternehmen Mehrheitsbeteiligungen an anderen Unternehmen, so ist der Vorjahresumsatz der Unternehmensgruppe maßgebend. Ausgeschlossen sind darüber hinaus Firmen, die Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien oder deren Komponenten herstellen oder damit Handel treiben, sowie planen und errichten. Desweiteren Personen, die eigene Planungsleistungen für Niedrigenergiehäuser erbringen.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

d) zur Errichtung von Niedrigenergiehäusern und zum Einbau von kontrollierten Belüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung in diesen Gebäuden. An den Wärmedurchgangskoeffizient (K-Wert) der Gebäudehülle von Niedrigenergiehäusern werden mindestens folgende Regelanforderungen gestellt:

Bauteil	K-Wert
Außenwände (ohne Fenster) und Decken, die beheizte Räume nach unten gegen Außenluft abgrenzen	0,2 W/m ² K
Dachflächen, die an beheizte Räume grenzen, Dachgeschoßdecken zwischen beheizten und unbeheizten Räumen	0,15 W/m ² K
Kellerdecken, Wände und Decken gegen unbeheizte Räume, somit Decken und Wände die an das Erdreich grenzen	0,3 W/m ² K
Fenster mit Wärmeschutzglas	1,5 W/m ² K

Alternativ kann der Nachweis auch über eine Begrenzung des Heizenergiekennwertes geführt werden. Dafür ist ein Heizenergiekennwert von max. 65 kWh/m²a für Ein- und Zweifamilienhäuser einzuhalten. Für Mehrfamilienhäuser darf der Heizenergiekennwert von 50 kWh/m²a nicht überschritten werden. Der Nachweis ist entsprechend 5.2 c) zu führen.

e) Zur Nutzung der Solarenergie für die Brauchwassererwärmung mit Kollektoren.

5.3 Zuwendungsvoraussetzungen

Alle Vorhaben müssen von Fachbetrieben ausgeführt oder von Sachverständigen nach § 45 Abs. 2 LBO abgenommen werden. Die Kosten sind durch Einzelnachweis zu belegen.

Die durch die förderfähigen Vorhaben nach 5.2 betroffenen Anlagen und Bauteile müssen marktreif sein.

Ausgenommen von der Forderung sind Anlagen zur Nutzung der Solarenergie an Kulturdenkmälern und in deren unmittelbaren Umgebung. In Zweifelsfällen entscheidet die Bewilligungsstelle in Absprache mit den zuständigen Behörden.

6. Die Höhe der Zuwendungen beträgt

a) für die Verbesserung des Wärmeschutzes von Wohngebäuden durch die Außenwanddämmung 50 DM/m² Außenfläche des betroffenen Bauteils. Die max. Zuwendung beträgt 8 000,- DM pro förderfähiges Vorhaben,

5.1. Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen

Gefördert werden nur Vorhaben im Stadtgebiet Konstanz. Bei der Wärmedämmförderung beschränkt sich die Förderung auf die dafür ausgewiesenen Bereiche im Stadtgebiet Konstanz, die vor dem 01.01.1978 errichtet wurden.

Gefördert werden nur diejenigen Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antragszeitpunktes noch nicht begonnen wurde (die Eingangsbestätigung erfolgt unmittelbar). Ein Vorhaben gilt als begonnen, sobald dafür entsprechende Lieferungs- und Leistungsverträge abgeschlossen sind. Ausnahmen sind hierbei die für die Projektbeschreibung und Vorbereitung notwendigen Planungen. Die Bewilligungsstelle kann im Einzelfall einem vorzeitigen Baubeginn zustimmen.

Zuwendungen können zudem nur bewilligt werden, solange die Fördermittel im Haushalt noch eine Förderung ermöglichen.

Neben Zuschüssen nach diesen Richtlinien können für dasselbe Vorhaben Zuschüsse aus anderen Programmen in Anspruch genommen werden, wenn damit die Förderhöchstgrenze von 50 %, für solarthermische Anlagen von 60%, insgesamt nicht überschritten wird.

5.2 Gegenstand der Förderung

Förderfähig sind Investitionsvorhaben.

a) zur Verbesserung des Wärmeschutzes von bestehenden Wohngebäuden durch eine Außenwanddämmung. Das Vorhaben wird gefördert, wenn der Wärmedurchgangskoeffizient (K-Wert) der Außenwand durch das Vorhaben um mindestens 0,8 W/m²K verringert wird und der neue K-Wert höchstens 0,35 W/m²K beträgt.

b) zur Verbesserung des Wärmeschutzes am Dach. Das Vorhaben wird gefördert, wenn nach Durchführung des Vorhabens das Dach einen K-Wert von höchstens 0,25 W/m²K aufweist.

c) zum Ersatz von bestehenden Fenstern durch Fenster mit Wärmeschutzglas (K-Wert höchstens 1,5 W/m²K). Zur Vermeidung von Tauwasser an der Innenoberfläche der Außenwand werden diese Vorhaben nur dann gefördert, wenn der K-Wert der Außenwand kleiner als 1,3 W/m²K ist.

Alternativ zu den Angaben des K-Wertes kann der Nachweis auch über die Begrenzung des Heizenergiekennwertes (kleiner als 80 kWh/m²a) geführt werden. Die entsprechenden Nachweise müssen von Bauvorlageberechtigten (z.B. Architekten, Ingenieuren) erbracht werden, wobei das Rechenverfahren der ab 01.01.1995 gültigen Wärmeschutzverordnung zugrunde zu legen ist.

b) für die Verbesserung des Wärmeschutzes von Wohngebäuden durch eine Dämmung des Daches 30,- DM/m². Die max. Zuwendung beträgt 3 000,- DM pro förderfähiges Vorhaben.

c) für den Ersatz von bestehenden Fenstern durch Wärmeschutzglas 50,- DM/m². Die max. Zuwendung beträgt 2 500,- DM pro förderfähiges Vorhaben.

d) für die Anschaffung einer Anlage zur solaren Warmwasserbereitung pauschal 3 500,- DM für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie 1 000,- DM/Wohneinheit bei Mehrfamilienhäusern. Diese Pauschalen dürfen jedoch max. 30 % der förderfähigen Ausgaben (Ausgaben für Kollektoren, die Speicher und Regelanrichtung sowie den Arbeitslohn für die Montage der Solaranlage) ausmachen.

e) für die Errichtung eines Niedrigenergiehauses pauschal 2 000,- DM bei Ein- und Zweifamilienhäusern sowie pauschal 1 000,- DM/Wohneinheit bei Mehrfamilienhäusern. Zusätzlich wird die kontrollierte Belüftung mit Wärmerückgewinnung beim Neubau eines Niedrigenergiehauses pauschal mit 2 000,- DM gefördert. Gleichzeitig durchgeführte Maßnahmen zu verschiedenen Gegenständen dieses Förderprogrammes gelten als getrennte Vorhaben.

7. Antrags- und Bewilligungsverfahren

Antragstellung

Anträge sind auf den vorgeschriebenen Formblättern mit den zur Beurteilung erforderlichen Angaben und Unterlagen in 2facher Ausfertigung bei der Stadt Konstanz einzureichen.

Die Bewilligung erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Auszahlung ist abhängig von der Vorlage des Verwendungsnachweises.

8. Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Zuschüsse ist gegenüber der Stadt Konstanz zu belegen. Der Verwendungsnachweis besteht aus einer schriftlichen Bestätigung der Inbetriebnahme der Anlage und Vorlage der Rechnungsbelege bzw. bei Niedrigenergiehäusern durch Nachweis der Erstellung der Planungsunterlagen und der Endabnahme sowie der Vorlage der Rechnungsbelege.

9. Inkrafttreten

Die Richtlinien gelten mit Wirkung ab dem 01.01.1996.

Ortsgespräch

Herausgeber: SPD-Ortsverein Dettingen-Wallhausen

Verantwortlich: Willi Schulte

Gestaltung: Schmidt, Bargel, Fischer

Anzeigen: Hans Schmidt

Nachdruck gegen Einsendung eines Belegexemplars jederzeit gestattet.

Druckerei: Romer, Konstanz, Fritz-Arnold-Str. 16

Redaktion: Dagmar Bargel

Redaktions-

anschrift: Willi Schulte, Lerchenweg 1, 78465 Konstanz

Kommunalpolitischer Ausblick 1996

Ein Ausblick auf das neue Jahr läßt immer auch an das verfllossene Jahr zurückdenken, denn das, was an Neuem zu schaffen ist, hängt immer auch von dem ab, was bisher erreicht wurde.

Was wurde 1995 erreicht?

Für das vergangene Jahr soll nochmals besonders an den Erweiterungsbau beim **Kindergarten Dettingen** erinnert werden. Für alle Kinder kann nun in unserer Ortschaft der Anspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklicht werden. Und dies sowohl in Dettingen, als auch in Wallhausen in schönen, gut ausgestatteten Räumen und in schönem Umfeld.

Ein weiteres wichtiges Anliegen unserer Ortschaft konnte auch 1995 realisiert werden. Die teilweise nicht mehr funktionsfähige und aus gesundheitlichen Gründen fragwürdige Elektroheizung im Schulgebäude wurde durch eine **umweltfreundliche Erdgasheizung** ersetzt.

Ein besonders positives Ereignis war sicher auch die Fertigstellung des **Radweges** zwischen Dettingen und Langenrain entlang der Landesstraße.

Was kommt 1996 Neues ?

Dorfgeschehen ist natürlich nicht nur die Summe der baulichen Veränderungen in einer Ortschaft. In der Kommunalpolitik ist dies allerdings ein wichtiger Teilaspekt, denn viele Aktivitäten im Leben einer Ortschaft sind nur in entsprechenden vorgegebenen baulichen Strukturen möglich.

So hoffen wir auf den Ausbau der **Radweglücke** vom Baugebiet Bündt in Dettingen zur Moorstraße und der Tennishalle bis zur Landesstraße nach Wallhausen. Damit wäre eine Ortsumfahrung von Dettingen für die vom Radweg Wollmatingen kommenden Radfahrer in Richtung Wallhausen und Langenrain (und umgekehrt) möglich.

Eine größere Gruppe junger Leute hatte im vergangenen Sommer den berechtigten Wunsch nach einem **Streetball-Feld** vorgebracht. Im Haushaltsplan der Stadt Konstanz sind nun Mittel dafür vorgesehen. Sobald die Witterung es erlaubt, wird mit dem Bau der kleinen Anlage auf dem Spielplatz Moos begonnen.

Ein großes Problem soll auf dem **Friedhof** gelöst werden. Für die Ableitung des Hangwassers von einem Gräberfeld stehen im Haushaltsplan ebenfalls Mittel zur Verfügung.

Wie beim Schulgebäude im vergangenen Jahr und aus den gleichen Gründen wird in diesem Jahr im Rathausgebäude die Elektroheizung durch eine **Erdgasheizung** ersetzt. Dies entspricht einem langjährigen Wunsch der dort Beschäftigten und Nutzer.

Was noch fehlt

Leider, aber nicht verwunderlich bei der überall herrschenden Geldknappheit, konnte nicht alles, was der Ortschaftsrat an baulichen Maßnahmen für notwendig erachtete, auch in den Haushaltsplan der Stadt Konstanz aufgenommen werden. So werden Maßnahmen wie z.B. die Fertigsanierung des alten und des neuen **Schulgebäudes**, die Sanierung des **TSV-Sportplatzes**, die Fassadensanierung des **Strandbadgebäudes** und noch vieles andere weiter auf sich warten lassen.

Ganz zu schweigen vom **Rathausausbau** zur Schaffung von Räumen für Vereine, Jugend und kulturelle Veranstaltungen. Dieses Projekt ist wohl nur zu verwirklichen, wenn sich die Finanzlage in Bund und Ländern und damit auch in den Gemeinden, wieder grundlegend gebessert hat. Dieser Zeitpunkt ist auch beim größtem Optimismus noch nicht absehbar.

Dorffest jetzt jährlich

Ganz zum Schluß sei noch vermerkt, was uns überraschenderweise in 1996 erwartet. Es kostet der Kommune kein Geld, macht vielen Einwohnern Freude aber den fleißigen Helfern in den Vereinen viel Arbeit: Bei der Sitzung der Vereinsvertreter am Jahresende wurde beschlossen, das Dorffest zukünftig nicht mehr im Zweijahresrhythmus, sondern alljährlich Mitte Juli durchzuführen.

Na, wenn das nicht noch eine gute Nachricht ist.

Albert Griesmeier

Wo wir sind

Scheint die Sonne...

... aber wir können nicht überall sein

DBV VERSICHERUNGEN

Partner der Commerzbank

ARCD

Auto + Reiseclub Deutschland

Agentur R. + A. Schneider

Winterbergstr. 7 · 78465 Konstanz 19 · Tel. 0 75 33/54 67 · Fax 0 75 33/71 73

Ein Jahr Stadtrat - ein Erfahrungsbericht

Hans Weber hatte - nach eigener Aussage - nie und nimmer damit gerechnet, in den Konstanzer Gemeinderat gewählt zu werden. Er hat sich aber von der ersten Sitzung an, sehr engagiert. Seit der Wahl ist mehr als ein Jahr ins Land gezogen. Hans Weber beschreibt, welche Erfahrungen - positive und negative - er gemacht hat.

Wenn man sich auf einer Liste aufstellen läßt, muß man damit rechnen, gewählt zu werden. Als ich mich aufstellen ließ, habe ich mir allerdings keine Chancen ausgerechnet, in den Gemeinderat zu kommen. Meine erste schlaflose Nacht habe ich nach der Mitteilung durchgemacht, daß ich gewählt bin. Immer und immer wieder ging mir durch den Kopf, was jetzt auf mich zukommen wird. Allerdings freut man sich auch riesig, daß man gewählt ist.

Der „Frischling“

Als Neuling (oder wie vom Südkurier betitelt Frischling - nach Brockhaus junge Wildsau) wird einem schnell von dem Kollegen leicht herablassend bedeutet, daß man das ja noch nicht wissen kann, und daß man noch viel lernen muß. Für wichtige Aufsichtsgremien wird als Qualifikation jahrelange Zugehörigkeit zum Gemeinderat vorausgesetzt.

Natürlich muß man am Anfang viel lernen. Wichtig ist vor allem, daß man weiß, welcher Amtsleiter gut arbeitet, und welche Vorlagen man mit äußerster Vorsicht lesen muß. Manchmal wird man auch das Gefühl nicht los, daß nicht alle Ämter alle Fakten offenlegen. Auf der anderen Seite kann man viel erreichen, wenn man mit den Bediensteten vertrauensvoll zusammenarbeitet. Ohne Einschaltung der Öffentlichkeit/ der Presse ist oft mehr zu erreichen als mit sogenannten offenen Briefen.

Von besonderer Bedeutung ist der Haushaltsplan. Der fast 600 Seiten starke Band muß auch erst verstanden werden.

Als Anfänger kommt man mit hehren Grundsätzen. In der Fraktion und im Gemeinderat setzt man sich nicht mit seinen gutgemeinten Vorschlägen durch, obwohl man sich doch seiner Meinung so sicher ist. Die Interessen der einzelnen Stadträtinnen und Stadträte sind sehr unterschiedlich; der eine Stadtrat setzt sich für Kultur ein, die andere Stadträtin für sozia-

le Belange, der nächste für Sport. Schnell lernt man dann, daß man auch Kompromisse eingehen muß und nur dann etwas erreicht, wenn man bereit ist, bei anderen Punkten nachzugeben.

Hoher Zeitaufwand

Als neu gewählter Stadtrat, nimmt man sich vor, Fehlentwicklungen gnadenlos anzuprangern. Innerhalb kürzester Zeit lernt man andere Menschen kennen. Je näher die Beziehung ist, umso mehr Rücksicht nimmt man zumindest im Ton in der politischen Auseinandersetzung. Weiter erfährt man, daß der Bote der Stadt eine Unmenge von Unterlagen zuträgt, die man durcharbeiten hat. Daß ein erheblicher Zeitaufwand auf einen zukommt, war klar; daß man aber in der Woche durchschnittlich 25 - 30 Stunden für Sitzungen, Veranstaltungen, Vorbereitung, Fraktionssitzungen benötigt, hätte ich mir dann doch nicht gedacht.

Lernen muß man auch, nein zu sagen. Oft würde man einem Einwohner beispielsweise gern die Zustimmung zur Baugenehmigung erteilen, ist aber daran gehindert, weil sich dann viele andere darauf berufen. Die finanziellen Mittel sind begrenzt, so daß man auch bei nachvollziehbaren Zuschußanträgen ablehnen muß.

Bereits nach wenigen Monaten wird man von Freunden gefragt, ob man wieder kandidieren würde. Die Antwort fällt dann zwiespältig aus, da sowohl positive als auch negative Erfahrungen vorliegen. Jedoch würde man nach manchen Sitzungen am liebsten voller Wut den Bettel hinschmeißen.

Negatives

Was sind solche negative Erlebnisse? Nach langer Vorbereitung hält man eine Rede, die in der Presse nicht oder nicht zutreffend erwähnt wird, während der Kollege, die Kollegin mit einer flapsigen Bemerkung Schlagzeilen macht. Daß teilweise nur für die Presse argumentiert wird, zeigt dann die ernsthaft gemeinte Äußerung "Jetzt brauchen Sie nichts

mehr sagen, der Redakteur des Südkurier ist nicht mehr da".

Abfinden muß man sich auch damit, daß Stadträtinnen und Stadträte die gleiche Rede im Ausschuß und dann noch einmal im Gemeinderat verlesen, und das gleiche Argument zum fünften Mal gebracht wird.

Leserbriefe werden wohl von allen Stadträtinnen und Stadträten genau gelesen. Was mich ärgert, ist der Hinweis auf "große" finanzielle Vorteile der Stadträtinnen und Stadträte. Wenn Gebühren erhöht werden, dann kommt der Hinweis auf ein Essen des Gemeinderates auf der Halttau (an dem ich noch nicht teilnahm). Mit gutem Gewissen kann man behaupten, daß die Mehrzahl der Stadträtinnen und Stadträte eher drauflegt als Vorteile hat. Es gibt heute nur noch wenige, die für 5 DM in der Stunde arbeiten und dabei noch einen erheblichen Ausnahmeausfall z.B. als Selbständige zu verkraften haben.

Empfindlich reagiert man auch auf den Hinweis, man sei doch von der betreffenden Person gewählt worden und habe dann auch gefälligst ohne größeres Nachdenken deren Position zu vertreten, ansonsten werde man nie wieder gewählt.

Im Meinungskampf wird leider auch mit Halbwahrheiten, mit Weglassen von Information, mit Unterstellungen gearbeitet. Wehren kann man sich schlecht, denn rührt man erneut am Thema, wird der negative Eindruck noch verstärkt und "Hängen bleibt immer etwas".

Besonders schwierig ist es, auf nichtöffentliche Sitzungen zu reagieren. Indiskretionen sind häufig; selber kann man sich aber nicht wehren, ohne daß man die Vertraulichkeit selbst verletzt. Bei dieser Gelegenheit habe ich allerdings gelernt, wie wichtig der Einfluß der Medien ist. In nicht öffentlich tagenden Gremien kann man noch so gute Ideen haben, auf Mißstände hinweisen. Wenn man niedergestimmt wird, verpufft der ganze Einsatz. Wegen der fehlenden öffentlichen Kontrolle wird, unter dem Stichwort Privatisierung, verstärkt versucht, die Verantwor-

tung auf nicht öffentlich tagende Gremien (Aufsichtsräte, Verwaltungsräte) zu verlagern. In solchen Gremien werden häufig Einzelinteressen vertreten und damit die Gesamtkonzeptionen des Gemeinderats unterlaufen.

Die Entscheidungsfindung ist oft langwierig und zäh. Schwierige Entscheidungen werden vertagt. Trifft der Gemeinderat endlich eine Grundsatzentscheidung, wird die Entscheidung wie bei der Gestaltung der Markstätte erneut zur Disposition gestellt und die gleichen Argumente wieder ausgetauscht. Ich würde mir wünschen, daß Entscheidungen, es sei denn es handelt sich um krasse Fehlentscheidungen, für längere Zeit Geltung beanspruchen können.

Warum lohnt sich die Arbeit dann doch?

Informationen erhält man schneller. Man bekommt mit, was in Konstanz läuft. Es ist erstaunlich, mit wieviel Fragen man sich zu beschäftigen hat, aber auch welche Einblicke man in Sachverhalte erhält,

an die man bis jetzt noch nicht gedacht hat.

Zwiespältig ist das Gefühl, wie man als Stadtrat behandelt wird. Während man früher als einfacher Bürger mit dem Sachbearbeiter verhandelt, spricht nun der Amtsleiter mit einem. Einerseits freut man sich, andererseits ärgert man sich über die Ungleichbehandlung.

Auch bei angespannten finanziellen Verhältnissen kann man etwas erreichen. Auf meinen Antrag hin wurde beispielsweise eine Baumaßnahme der Feuerwehr bereits im Jahr 1996/1997 in den Haushalt eingestellt oder für den Bolzplatz in Dettingen für eine Streetballanlage die erforderlichen Mittel vorgesehen. Ein wenn auch kleines Zuschußprogramm für die Förderung alternativer Energien wurde auf den Weg gebracht.

Nicht verheimlicht werden soll, daß auch das Gefühl, einen gewissen Einfluß zu haben, genossen wird. Erstmals habe ich kapiert, wieso Politiker so an ihren Posten hängen und sich nicht in ihren wohlverdienten Ruhestand zurückziehen.



20 Jahre Ortsgespräch



Mit seiner Jubiläumsnummer 75 ist Ortsgespräch nun im zwanzigsten Jahr. Im Dezember 1976 erschien die Ausgabe Nr. 1, mit Schreibmaschine geschrieben und mit einer gebrauchten Offsetmaschine - nächtelang - selbst gedruckt.

Die Themen damals: Straßenverkehr und Spielplatz Moos. Letzterer wurde damals sehr schnell verwirklicht, auch die Zerstörung des Bodanrücks durch eine Hochspannungstrasse scheint gebannt. Mit der natürlich ironisch gemeinten Titelzeichnung von Toni Matlik wurden seinerzeit die Gefahren einer solche Trasse aufgezeigt.

Von Anfang an dabei waren Erich Drobek, Hans Schmidt, Roland Schöner und der kürzlich leider verstorbene Horst Döpner. Erster Chefredakteur war Ludwig Krapf, heute Leiter des Kulturamts der Stadt Freiburg.

Die ersten Ausgaben entstanden eher hemdsärmelig: Die maschinengeschriebenen Seiten wurden von einem freundlichen Mirbürger auf Platte kopiert. Die bedruckten Blätter wurden von Hand geheftet. Auf die handschriftlichen Überschriften konnte verzichtet werden, als Erich Drobek auf einem selbstgebastelten Computer die Überschriften erstellte.